

Spielberger

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
17A041111 E



Nachrichten

Nummer 32, Oktober 2017. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



Österreichische Post AG . RM Wahlen . 17A04111E . 8020 Graz

Sozial - auch nach der Wahl!

Wir haben mit **Claudia Klimt-Weithaler**, der Spitzenkandidatin der KPÖ-Steiermark folgendes Interview geführt:

Die KPÖ steht bei der Nationalratswahl am 15. Oktober auf dem Stimmzettel. Wieso?

Ganz einfach. Weil es eine grundsätzliche Alternative braucht. Vor den Wahlen wird viel versprochen. Nach dem Wahltag ist das dann ganz schnell wieder vergessen. Eine Stimme für die etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme. Die etablierten Parteien haben den Bezug zu den einfachen Menschen längst verloren und führen täglich vor Augen, wie abgehoben die Politik geworden ist.

Parallel zum Wahlkampf sammelt die KPÖ auch Unterschriften. Es geht um leistbares Wohnen. Was will die KPÖ erreichen?

Seit Jahren verspricht die Bundesregierung, Maßnahmen zu setzen, die das Wohnen leistbarer machen, bisher ist nichts passiert. Das muss sich ändern! Denn immer mehr Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten. Um diese Entwicklung zu stoppen fordern wir zum Beispiel fixe Mietzinsobergrenzen oder die Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen.



Die KPÖ plakatiert auch, dass sie die Politikerbezüge kürzen will. Warum?

Weil PolitikerInnen mit abgehobenen Bezügen abgehobene Politik machen. Sie wissen oft gar nicht mehr, wie es den einfachen Menschen geht. Die KPÖ geht einen anderen Weg. Einen Großteil unserer Einkommen verwenden wir für Menschen, die in eine Notlage geraten sind.

KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler:

„Ich will ein Zeichen setzen, und egal was daraus wird, ob wir in den Nationalrat einziehen oder nicht, unsere Arbeit im Interesse der Menschen wird weitergehen.“

Wir werden konsequent bleiben, wir werden ehrlich bleiben und wir werden sozial bleiben und das ist für die Menschen, glaube ich, das Wichtigste.“

.....

Budget lässt sich damit aber keines sanieren...

Das vielleicht nicht. Aber viele PolitikerInnen reden immer vom Sparen, bei sich selbst wollen sie aber nicht anfangen.

Wir gehören nicht zu denen, die Wasser predigen und Wein trinken. Seit ich im Landtag bin, sind schon fast 400.000 Euro aus meinem Gehalt in den KPÖ-Sozialfonds geflossen. Da sieht man schon, dass die Summen nicht so klein sind, die PolitikerInnen bekommen.

Fortsetzung ➔

Wohnen darf nicht *arm* machen.

LISTE 7



www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

www.kpoe-steiermark.at

Fortsetzung ↻**Stichwort Arbeitslosigkeit. Welche Rezepte hat da die KPÖ?**

Hier braucht es einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Auf der einen Seite wächst die Zahl der Langzeitarbeitslosen ständig, und die Menschen verzweifeln und werden krank, weil sie keine Arbeit finden können. Auf der anderen Seite müssen viele immer mehr Überstunden machen und werden ebenfalls krank, weil sie bis zum Umfallen arbeiten. Die KPÖ setzt sich deshalb für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein.

Auch die Vollzeitjobs werden immer weniger.

Das stimmt. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, sind gezwungen, Teilzeit zu arbeiten oder sind überhaupt prekär beschäftigt. Das ist aber kein Naturgesetz. Hier müssen klare Regelungen her, um diesen Wildwuchs einzudämmen. Auch die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Die Menschen brauchen Arbeitsplatzsicherheit und ein solides Einkommen.

Wahlentscheidend, sagen die Statistiken, werden auch dieses Mal wieder die Frauen sein. Welches Angebot hat die KPÖ für sie?

Die KPÖ macht Frauenpolitik nicht nur am 8. März, so wie viele andere Parteien. Es braucht keine Lippenbekenntnisse, sondern ganz konkrete Verbesserungen: Frauen, die Kinder groß gezogen haben, dürfen im Pensionssystem nicht länger benachteiligt werden.

Es braucht kostenlose und gute Kinderbetreuung. Väterkarenz muss selbstverständlich – und nicht von der Erlaubnis des Unternehmens anhängig sein. Und dass Frauen immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, sollte schon längst der Geschichte angehören.

Viele werden aber wohl auch dieses Mal „taktisch wählen“.

„Taktisch“ zu wählen ist noch jedes Mal nach hinten losgegangen. Auch Freunde von mir haben zuletzt Voves gewählt, um einen schwarzen Landeshauptmann zu verhindern. Bekommen haben sie Schützenhöfer. Wenn alle so wählen würden, wie sie politisch denken, hätten viele Verschlechterungen keine Mehrheiten gefunden.

Andererseits hat sich auch gezeigt, dass die KPÖ viele Verbesserungen erreichen kann. Etwa die Abschaffung des Pflegeregresses in der Steiermark, die teilweise Rücknahme der Verschlechterung der Wohnbeihilfe oder die vielen Verbesserungen beim Wohnen in Graz. Gerade erleben wir, dass viele Themen (Regress, Wohnen...), die die KPÖ seit Jahren bearbeitet, nun im Wahlkampf auch von den anderen Parteien aufgegriffen werden.

Und deswegen sollte man KPÖ wählen? Was kann denn die KPÖ tatsächlich verändern?

In den letzten Wochen haben sich viele auf „wahlkabine.at“ informiert, wie ihre eigenen Ansichten mit den Programmen der Parteien übereinstimmen. Nicht wenige waren erstaunt, dass ihre Werte und Haltungen am ehesten von der KPÖ vertreten werden.

Wenn jetzt auch nur die Hälfte von ihnen wirklich KPÖ wählen würde, dann gäbe es im Parlament eine Partei, die auch wirklich ihre Interessen vertritt. Interessanter Gedanke, oder?

.....

Zur Information:**Der Termin der nächsten Gemeinderatssitzung:**

Dienstag, 12.12.2017, 18.00 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich

Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“
politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“
Friedensforscher

**RUNTER
MIT
DEN
POLITIKER-
GEHÄLTERN!**



Aus dem Gemeinderat

Darlehensvergaben

Für die Finanzierung von Straßenbauarbeiten wurde ein Darlehen in der Höhe von 557.000 Euro aufgenommen. Für die öffentliche Beleuchtung wurde ein Kredit von 115.700 Euro und für Wasserbauvorhaben 439.000 Euro aufgenommen.

Die Laufzeit der Kredite beträgt 20 Jahre. Es wurden drei Geldinstitute zur Anbotlegung eingeladen. Zwei davon haben ein Anbot abgegeben. Das Anbot der BAWAG-P.S.K sah etwas günstigere Zinssätze als jenes der Steiermärkischen Sparkasse vor. Über die gesamte Laufzeit entsteht dadurch eine Rückzahlungsdifferenz von rund 10.000 Euro. Um diese Summe war das Anbot der P.S.K. günstiger.

Trotzdem wurde das Anbot der Steiermärkischen Sparkasse von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Begründet wurde dies damit, dass die Steiermärkische Sparkasse Möglichkeiten für Sponsoring in Aussicht gestellt habe. Einen schriftlichen Vertrag dafür gab es jedoch nicht. Außerdem habe die Sparkasse eine örtliche Filiale und für diese Beschäftigten werde Kommunalabgabe bezahlt.

Die KPÖ sah es kritisch, dass nicht der Ausschreibungssieger zum Zug gekommen war (siehe nebenstehenden Kommentar). Die KPÖ enthielt sich der Stimme, was laut Gemeindeordnung als Gegenstimme zu werten ist.

Spielberger Nachrichten

In eigener Sache

Einige SpielbergerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Herzlichen Dank!** Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:
Steiermärkische Sparkasse,
IBAN: AT052081526000000617

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Zur letzten Kreditvergabe

Die Gemeinde hat mehrere Kredite ausgeschrieben. Trotz dieser Ausschreibung kam nicht der Anbieter mit dem günstigsten Angebot zum Zug. Dafür gab es Gründe, die ich nicht völlig von der Hand weisen will.

Der Anbieter mit den schlechteren Konditionen hat eine örtliche Filiale und unterstützt die Gemeinde mit Sponsoring. Und trotzdem hat die Entscheidung für den unterlegenen Anbieter einige „Schönheitsfehler“

Für die Weiterführung dieses Sponsorings gab es nämlich nur eine mündliche Zusage. Ohne schriftlichen Vertrag kann es aber in ein paar Jahren mit dem Sponsoring ganz anders aussehen. Außerdem ist ein Sponsoring kein Geschenk. Der Partner bekommt auch eine Gegenleistung - die Werbung für das Geldinstitut. Außerdem wird man Sponsoring wohl auch steuerlich geltend machen können.

Die Steiermärkische Sparkasse hat zwar eine Filiale in Spielberg, aber es handelt es sich hier nicht um einen kleinen, örtlichen Gewerbetreibenden. Die Steiermärkische Sparkasse ist Teil des Erste Group Bankkonzerns. Eines börsennotierten Unternehmens, dessen Gewinn 2016 bei rund 1,25 Milliarden Euro lag.

Leider handelt es sich bei der Spielberger Sparkasse auch nicht mehr um eine Gemeindesparkasse. Denn diese Sparkasse wurde, wie die allermeisten Gemeindesparkassen, privatisiert. Ob die Filiale in Spielberg erhalten bleibt oder nicht, hängt nicht von dieser Kreditvergabe, sondern von den allgemeinen Entwicklungen im Bankensektor und in der Finanzwelt ab.

Es stellt sich für mich also die Frage, welchen Sinn eine Ausschreibung macht, wenn man dann dennoch das Ergebnis unterläuft? Ich bin der Obmann des Prüfungsausschusses des Spielberger Gemeinderates. Ich will die Argumente für die Vergabe an die Sparkasse nicht ganz vom Tisch wischen. Selten ist etwas im Leben völlig schwarz oder weiß. Aber als Obmann des Prüfungsausschusses konnte ich der Vergabe nicht zustimmen, meint...

... Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



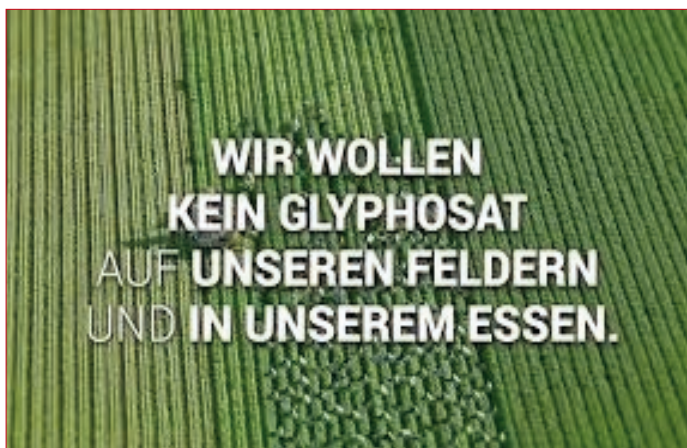
Lärmschutz erst nach Monaten

Derzeit wird der Lärmschutz im Bereich der Autobahn Knittelfeld-West montiert. Die AnrainerInnen mussten sehr lange darauf warten. Belagsanierungen wurden rasch durchgeführt. Der Lärmschutz wurde aber nicht montiert.

Die Asfinag hat die Verzögerung mit Liefer-schwierigkeiten bei den Lärmschutzwänden begründet. Zum Vergleich: Es wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, dass die Autobahn rechtzeitig vor dem Formel-1 Rennen befahrbar war. Die lärmgeplagten AnrainerInnen haben offensichtlich nicht den gleichen Stellenwert.



Glyphosatfreie Gemeinde



Glyphosat (Roundup) ist ein weltweit verbreitetes Unkrautvernichtungsmittel. Es steht stark im Verdacht krebserregend zu sein. Es schadet Insekten (Bienen) und der Umwelt. Umweltschutzorganisationen bemühen sich um ein Verbot. Die EU aber will die Anwendung im Interesse der Konzerne weiterhin erlauben.

Es gibt die Aktion „glyphosatfreie Gemeinde“. Alle österreichischen Gemeinden sind aufgefordert im gemeindeeigenen Bereich kein Glyphosat zu verwenden. Das geschieht in Spielberg seit einiger Zeit auch nicht mehr. Zu Bekräftigung wurde nun beschlossen, dass die Gemeinde Spielberg dieses Chemieprodukt verbindlich nicht mehr verwenden werde. Außerdem wird in der nächsten Gemeindezeitung das Thema behandelt und den SpielbergerInnen empfohlen Glyphosat nicht anzuwenden. Eine gute Initiative.

Wir haben darüber hinaus angeregt, dass die Gemeinde eine Resolution an die Bundesregierung beschließen solle. Die Bundesregierung solle ein Verbot von Glyphosat in Österreich beschließen und sich auch EU-weit dafür einsetzen. Der Bürgermeister erklärte, die KPÖ solle bis zur nächsten Gemeinderatssitzung einen Text vorlegen, der dann unterstützt werde.

Aus dem Gemeinderat

Einsparungen Erdbeerlandweg

Der Bürgermeister berichtete, dass es bei der Errichtung des Erdbeerlandweges zu Einsparungen von rund 95.000 Euro gekommen sei. Der Betrag wird nun für andere Straßenbauvorhaben verwendet.

Praxisübergabe

Frau Dr. Petra Polansky hat ihre Praxis an Herrn Dr. Stefan Bernklau übergeben. Dr. Bernklau tritt zu gleichen Konditionen in den Mietvertrag mit der Gemeinde ein.

Murstegstraße

Der Bürgermeister berichtete, dass die Bankette bei der Murstegstraße hergerichtet worden seien, (wir haben vor dem Sommer auf dieses Problem hingewiesen). Leider seien sie aber schon wieder sanierungsbedürftig.

E-Ladestationen

Im Wirtschaftszentrum wurden zwei Elektroladestationen errichtet. Die Kosten dafür betragen rund 120.650 Euro. Der Betrag ist durch Förderungen von Bund und Land gedeckt.

Betriebserweiterung

Die Firma „KBG Spielberg“ plant eine Betriebserweiterung. Eine Spatenstichfeier hat Anfang Oktober stattgefunden.

Flurbereinigung

Die Gemeinde besitzt in Flatschach ein kleines Waldstück von 6.084m². Die Fläche ist so gelegen, dass die Bearbeitung der Nachbarparzellen erschwert wird. Es wurde nun der Grundsatzbeschluss gefasst, dem Wunsch des Grundstücksnachbarn nachzukommen und das Grundstück an diesen zu verkaufen. Der Preis wird durch ein Schätzgutachten festgestellt werden.

Wie viel Einkaufsmärkte braucht der Mensch?



Das Einkaufszentrum-West in Knittelfeld wurde erweitert. Ein neuer Merkur-Markt ist eröffnet. Weitere Geschäfte, z.B. das „Dänische Bettenlager“ sollen folgen. Ob eine Apotheke kommt, ist noch fraglich. Wir sehen diese Entwicklung kritisch.

Immer mehr Böden werden versiegelt. In Siedlungsräumen mit hohen Versiegelungsraten steigen die lokalen Temperaturen. Hitzetage werden begünstigt. Zudem können die Staubpartikel nicht mehr gebunden werden, was die Luftqualität verschlechtert.

Auch wichtige Bodenfunktionen, wie die Speicherung von Wasser und Kohlenstoff gehen verloren. Österreich hält bei der Verbauung der fruchtbaren Böden den Negativrekord in Europa. Mit diesem neuen Einkaufszentrum ist wieder ein Stück Grünland verschwunden.

Die Einkaufsmärkte machen sich gegenseitig Konkurrenz. Während neue Einkaufsstandorte entstehen, bangen die Beschäftigten in den alten Standorten um ihren Arbeitsplatz. Denn die Menschen haben immer weniger Geld zum Ausgeben im Geldbörsel. Seit dem EU-Beitritt sind die Löhne, Gehälter und Pensionen ständig gesunken.

Mit der Erweiterung des Knittelfelder Einkaufszentrums wird es für die Betriebe im Spielberger Wirtschaftszentrum und für kleine Lebensmittelgeschäfte noch schwerer.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Trinkwasser und Sandkiste



Wir wurden gebeten einzubringen, dass beim Kinderspielplatz in der Hauptschulstraße der Wunsch nach einem Trinkwasserspender bestehe. Außerdem wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass der Spielplatz für ältere Kinder schöne Spielmöglichkeiten biete, aber für ganz kleine Kinder Spielangebote z.B. eine Sandkiste, fehlten.

Der Bürgermeister erklärte, eine Sandkiste sei wegen der Verschmutzungsgefahr oft problematisch, aber der zuständige Ausschuss werde sich mit den Anliegen beschäftigen.

Aus dem Gemeinderat

Straßennummern Flatschach

Das System der Straßenbezeichnung und Gebäude-nummerierung in Flatschach ist verwirrend. Einsatzkräfte (Rettung, Feuerwehr...) haben öfter bemängelt, dass einzelne Gebäude schwer zu finden seien.

Es kann durchaus schlimme Konsequenzen haben, wenn Einsatzkräfte nicht rechtzeitig vor Ort sind. Deshalb hat es bereits Pläne für Änderungen gegeben. Ein Änderungsentwurf wurde aber wieder von der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung genommen, weil es Proteste gab.

KPÖ-GR-Erich Wilding hat nun nachgefragt, wie es mit den Änderungsplänen stehe. Ein neues Konzept sei noch in Ausarbeitung wurde geantwortet.

Heizkostenzuschuss

Der Heizkostenzuschuss des Landes kann bis 22. Dezember auf der Gemeinde beantragt werden.

Praxiseröffnung

Der Bürgermeister berichtete, dass Frau Dr. Eva Buder eine Praxis für klinisch-psychologische Diagnostik und Behandlung in Spielberg eröffnet habe. Die Praxisadresse lautet Westende 2.

USA-Nordkorea: Nur eine atomwaffenfreie Welt bringt Sicherheit!



Über Jahre hinweg bezeichneten die USA Staaten wie den Iran, den Sudan, Syrien, Libyen, den Irak, Südjemen, Nordkorea oder Kuba als „Schurkenstaaten“ und drohten mit deren Vernichtung. Gegen einige dieser Staaten (z.B. Iran, Syrien, Libyen) haben die USA zusammen

mit NATO, EU und anderen Verbündeten Angriffskriege geführt. Millionen Tote, Verwüstung, Elend, Bürgerkrieg, politisches Chaos und Flüchtlingsströme waren die Folge.

Nordkorea hat ein Atomwaffenprogramm entwickelt. Das betrachtet die Regierung Nordkoreas, durch das Schicksal dieser Staaten gewarnt, offensichtlich als ihre „Lebensversicherung“. Dazu kommen noch

die historischen Erfahrungen, die Nordkorea mit den USA gemacht haben.

Die USA haben Korea im „Koreakrieg“ 1950 bis 1953 noch schlimmer verwüstet als Vietnam. Die vorsichtigste Schätzung geht davon aus, dass drei Millionen Menschen getötet oder verletzt worden seien, zwei Millionen davon im heutigen Nordkorea. Die amerikanischen Luftangriffe auf den Norden waren mörderisch. Am Ende des Konflikts warfen die Piloten laut Berichten ihre Ladungen über dem Meer ab, weil es keine Gebäude mehr gab, die sie einäschern hätten könnten. US-Atomwaffen sind bis heute in Südkorea stationiert und die US-Kriegsflotte vor Korea ist atomar bewaffnet.

Nun droht US-Präsident Trump damit, Nordkorea zu vernichten – ein Land mit 24 Millionen Einwohnern. Nordkorea droht im Gegenzug mit atomaren Angriffen. Daraus könnte ein Weltenbrand entstehen. Die Konsequenz, die gezogen werden muss, ist das sofortige Bemühen um eine diplomatische Beilegung der Krise und die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt. Die USA waren bisher der einzige Staat, der Atomwaffen wirklich eingesetzt hat (Hiroshima und Nagasaki). Nur ein Atomwaffenverbot, das für alle Staaten dieser Erde gilt, bringt uns mehr Sicherheit.



MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen.

Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Hochwasserschutz: Analyse und Projekterstellung von derselben privaten Firma

Für den Pausendorferbach, den Linderbach und den Spielbergbach sind Hochwasserschutzmaßnahmen geplant. Am Beginn standen Erhebungen und Abflussuntersuchungen an den drei Bächen. Auf Grund dieser Daten wird nun das konkrete Projekt für die Hochwasserschutzmaßnahmen ausgearbeitet. Beides - Analysen und Projekterstellung - erfolgt durch die Firma „hydroconsult“.

Im Vorfeld der Besprechungen zu diesem Projekt haben wir angemerkt, dass dieselbe Firma, die die Ausgangsdaten erstellt hat, nun auch die Projekte auf Grund ihrer eigenen Daten erstellt.

Wir hätten es begrüßt, dass für solche Arbeiten eine öffentliche Stelle herangezogen wird. Hochwasserschutz ist eine sehr wichtige Angelegenheit. Für solche Fragen sollte die öffentliche Hand die nötigen Ressourcen und Fachleute stellen. Was ist, wenn es eine private Firma in ein paar Jahren nicht mehr gibt? Wer übernimmt dann die Haftung für die Projekte?

Es wurde uns erklärt, das Land habe nicht die nötigen Kapazitäten für diese Arbeiten. So wurden die Projektierungsaufträge in einer Gesamtsumme von rund 98.000 Euro inkl. MWSt. an die Privatfirma vergeben. Die Finanzierung dieses Betrages erfolgt über das Land.

Schlanker, billiger Staat?

Immer wird vom Verwaltungsabbau, von einem schlanken und billigen Staat gesprochen. Derzeit überbieten sich ÖVP und FPÖ in den Milliardenbeträgen, die angeblich durch einen Verwaltungsabbau eingespart werden könnten.

Betrachtet man vieles dann konkret, zeigt sich schnell, dass Aufgaben, die von der öffentlichen Hand nicht mehr ausgeführt werden, lediglich zu Privatfirmen verlagert werden. Denn die Aufgaben müssen ja trotzdem erfüllt werden.

Statt der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung werden dann eben Privatfirmen mit Steuergeldern bezahlt. Nur mit dem Unterschied, dass Privatfirmen nicht nur die Aufträge erledigen, sondern natürlich damit auch einen Gewinn erwirtschaften wollen.

Geordnete Parkplätze



In Spielberg gibt es viele Naherholungsgebiete. Zum Beispiel ist die Gegend um Schönberg bei SpaziergängerInnen sehr beliebt. Leider fehlt es oft an geordneten Parkmöglichkeiten. Das könnte zu Konflikten mit den Grundeigentümern führen. Es wäre gut dafür eine Lösung zu finden. Das hat KPÖ-GR Erich Wilding im Gemeinderat eingebracht. Der Bürgermeister hat das Anliegen dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zugewiesen.

.....

Wir bezahlen alle für den Klimawandel

Ein außergewöhnlich heißer Sommer ist zu Ende. Wir haben Hitzetage und Unwetter erlebt. In einigen Gegenden gab es schwere Unwetterschäden und Verwüstungen. Die Folgen des Klimawandels sind spürbar.

Aber nicht nur die von Unwetterkatastrophen direkt Betroffenen, wir alle bezahlen bereits einen Preis für die Veränderungen. Ein Beispiel dafür wurde in der letzten Prüfungsausschusssitzung offenkundig. Der Prüfungsausschuss beschäftigte sich mit der Prüfung von Straßenbauten. Dabei wurde auch berichtet, dass Bauvorhaben derzeit teuer seien. Denn auf Grund der hohen Nachfrage durch die Unwetteraufräumarbeiten kämen Baggerarbeiten um rund 10 Prozent teurer. Das bedeutet: Sowohl für öffentliche, als auch für private Bauten muss man mehr bezahlen.

Oder: In Folge des Klimawandels steigt die Anzahl der mit Borrelien verseuchten Zecken. Mehr Menschen werden in Folge an Borreliose erkranken. Das sind nur zwei Beispiele, dass die Folgen des Klimawandels konkrete Auswirkungen haben.

Deshalb müssten alle Entscheidungen von Bund, Land und Gemeinden auch daraufhin geprüft werden, was sie für den Klimaschutz bedeuten.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 18. Oktober

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Voranmeldung: 03512/ 82240

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ (Che Guevara)

Wirbelsturm IRMA - Spendenaktion für Kuba

Der Wirbelsturm „IRMA“ hat entlang der gesamten Nordküste von Kuba drei Tage lang gewütet. Zerstörungen in extremen Ausmaß sind entstanden.

Die Hurrikankatastrophe auf Kuba wurde in der Medienberichterstattung nur am Rande erwähnt. Deshalb ist auch über die Schäden wenig bekannt. Zahlreiche Häuser und öffentliche Gebäude wurden zerstört. In vielen Orten war auf Grund von Überschwemmungen die Stromversorgung unterbrochen, was zu schweren Folgeschäden z.B. bei der Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung geführt hat. 1,5 Millionen Menschen wurden evakuiert, trotzdem gab es zehn Todesopfer.

Die Österreichisch-Kubanische-Gesellschaft hat zu einer Spendensammlung aufgerufen. Die Spenden werden zu 100% für den Wiederaufbau nach Kuba geschickt.

Wir ersuchen um Ihre Solidarität!



Spendenkonto der Österreichisch-Kubanischen-Gesellschaft
IBAN: AT71 2011 1297 2387 0100
BIC GIBAATWWXXX
Kennwort: Hurrikan Kuba

Wohnen darf nicht arm machen

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen, und Seniorenverbänden erhoben.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für leistbares Wohnen!

Name	Adresse	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift

Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240